

1. Wo Autofahrer dem größten Risiko ausgesetzt sind

Jeder neunte deutsche Autofahrer (11,4 Prozent) hat pro Jahr einen – versicherungsrelevanten – Schaden zu beklagen. Bei knapp 4 Prozent kommt es auch zu Personenschäden. Das geht aus dem „Karambolage-Atlas 2018“ hervor, der von einem großen Versicherer erstellt wird.

Die Unfallhäufigkeit schwankt jedoch deutlich zwischen einzelnen Regionen. An der Spitze liegen Oberhausen mit 20 Prozent, Flensburg mit 19, der Hochtaunus- und der Saarpfalz-Kreis mit jeweils 16,7, Olpe mit 16,6 und Duisburg mit 15,8 Prozent. Es folgen die Großmetropolen Berlin (15,5) und Hamburg (15,4), danach Frankfurt/Main und das Weimarer Land (je 15,3). München, Köln, Schwerin, Essen, Düsseldorf, Jena, Aachen, Freiburg im Breisgau und Chemnitz rangieren ebenso zwischen 14 und 15 Prozent wie Ostholstein, der Saale-Holzland- und der Rhein-Sieg-Kreis sowie die Landkreise Regensburg und Landshut.

Die Kosten belaufen sich im Bundesschnitt auf rund 2.300 Euro pro Auto und Karambolage. Nur gut jeder dritte Schadensfall wird von den Haftpflichtversicherern übernommen, 60 Prozent entfallen auf den Kaskobereich. Zwischen den Geschlechtern gibt es übrigens keinen nennenswerten Unterschied in puncto Schadenshäufigkeit.

2. Goldpreis tritt auf der Stelle

Die Stunde des Assets Gold schlägt nach gängiger Lehre immer dann, wenn die Kapitalmärkte von Krisen erschüttert oder zumindest bedroht werden. An solchen gab es eigentlich in letzter Zeit keinen Mangel – Trumps Handelskonflikte, Italiens Staatsschulden-Malaise, Brexit-Ungewissheit, Türkei-Krise, um nur einige zu nennen.

Dessen ungeachtet bewegt sich der Goldpreis jedoch schier unerschütterlich seitwärts. Selbst als die großen Börsenindizes im Oktober um 7 Prozent in die Tiefe rauschten, machte Gold lediglich 3 Prozent gut. Unterm Strich steht auf Jahressicht allerdings ein Minus. Mögliche Erklärungen: Die Anleger haben robustere Nerven als früher und vertrauen darauf, dass politische Börsen kurze Beine haben; die US-Leitzinsen steigen, damit wird die sichere Alternative Anleihe wieder attraktiver; es wurde zuletzt mehr Gold produziert als nachgefragt.

Die Analysten sehen mehrheitlich auch für das kommende Jahr keinen neuen Goldrausch voraus. Es sei denn, die Börsen erleben einen veritablen Crash. Die größte Hoffnung von Goldinvestoren liegt derzeit im wachsenden Reichtum der Schwellenländer, wo Gold von Privatleuten tendenziell stärker nachgefragt wird als in den Industriestaaten. Einstweilen dürfte das Edelmetall lediglich als Beimischung für Anleger taugen, die im Fall der Fälle gern einen handfesten Wert in der Hinterhand haben möchten.

3. Krankenzusatzversicherungen knacken 8-Millionen-Marke

Es gibt einen „heimlichen Star“ unter den Versicherungen: Krankenzusatzpolicen. Seit vielen Jahren gewinnt diese Sparte stetig an Beliebtheit bei den Bundesbürgern. Im zurückliegenden Jahrzehnt nahm die Zahl der ambulanten Krankenzusatzversicherungen um über 26 Prozent zu, wie der PKV-Verband kürzlich vermeldete. 2017 war ein Anstieg von 1,3 Prozent zu verzeichnen, womit nun 8,02 Millionen Policen in deutschen Versicherungsordnern liegen.

Gesetzlich Versicherte können mit den Zusatzpolicen beispielsweise ihre Zuzahlungen zu Zahnbehandlungen, Sehhilfen, Medikamenten, Naturheilverfahren oder Hörgeräten deutlich reduzieren. In vielen Bereichen sichern sie sich mit den Ergänzungstarifen den Status von Privatpatienten.

Der Leistungsumfang und die Bedingungen der Tarife unterscheiden sich allerdings mitunter stark, ebenso die Prämien. Ein Vergleich gestaltet sich daher anspruchsvoll – unabhängige Beratung gibt's beim Versicherungsmakler des Vertrauens.

4. Sind steigende Zinsen eine Bedrohung oder eine Verheißung?

Die US-Notenbank Fed geht konsequent ihren Weg der sukzessiven Leitzinsanhebung, bislang ohne nennenswerte Beeinträchtigung der Konjunktur – obwohl die Befürchtungen nicht gering waren, schließlich gelten steigende Zinsen als Gift für die Kapitalmärkte und die Unternehmen.

Auch in Euroland dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2019, spätestens Anfang 2020, die Zinswende anstehen, die die Europäische Zentralbank (EZB) nicht ewig aufschieben kann. Das bereitet vielen Anlegern Unbehagen. Muss es aber nicht, wie das Beispiel der USA zeigt, wo die Wirtschaft brummt und brummt. Zwar ist von einem dämpfenden Effekt auf die Konjunktur auszugehen, von den Börsen dürfte mehr Geld als zuletzt in sicherere, dann wieder attraktivere Anleihen abfließen.

Eine Zinserhöhung ist jedoch immer ein Beleg für eine gut aufgestellte Wirtschaft. Zudem profitieren gerade die deutschen Sparer mit ihrer Vorliebe für Tages-, Festgeld-, Girokonten und Sparbücher von steigenden Zinsen. Und nicht zuletzt wird mit den Zinsen auch die Inflation in Schach gehalten, seit jeher ein Schreckgespenst für deutsche Anleger. Es gibt also keinen Grund, auf die auf kurz oder lang kommende Zinserhöhung zu starren wie das Kaninchen auf die Schlange. Im Nachteil werden allerdings zukünftige Immobilienkäufer und andere Großkreditnehmer sein, denn die goldenen Finanzierungszinszeiten gehen ihrem Ende entgegen.

5. Ab Januar gibt es eine DIN-Norm für die Finanzanalyse

Die Normen des Deutschen Instituts für Normung (DIN) haben einen Ruf wie Kruppstahl – deutsche Wertarbeit, auch international anerkannt. Da lag die Idee nahe, auch für finanzielle Belange ein Regelwerk mit DIN-Segen zu entwerfen, um eine allgemeinverbindliche, transparente Grundlage zu schaffen. Bereits seit 2014 gibt es die DIN SPEC 77222 „Standardisierte Finanzanalyse für den Privathaushalt“, die allerdings als Vornorm nicht alle beteiligten Kreise einbeziehen muss und weniger Bindungskraft als eine Norm entfaltet.

Seit ebenjenem Jahr haben auch 28 stimm- und vetoberechtigte Parteien – Banken, Verbände, Initiativen, Verbraucherschützer, Versicherer, Vertriebe, Wissenschaftler – über einer Norm gebrütet, nun ist sie in trockenen Tüchern: DIN 77230 „Basis-Finanzanalyse für Privathaushalte“ kann ab Januar 2019 in der Finanzberatung eingesetzt werden.

Ob das Regelwerk wirklich gebraucht wird, ist nicht unstrittig – manche Kritiker bemängeln, dass das starre Konzept zu wenig Individualität zulasse. Im Fokus der Norm stehen im Wesentlichen Altersvorsorge, Versicherungsschutz und Liquidität. Der Grundsatz lautet, die existenziellsten Risiken zuerst abzusichern und dann sinnvolle zusätzliche Vorsorge zu betreiben. Produktempfehlungen finden sich in der neuen Norm naturgemäß keine, sie zeigt nur einen Bedarf auf. Für die Lösungen

braucht es weiterhin professionelle Beratung – die allerdings auch schon bei der DIN-Analyse hilfreich ist.

6. Getriebene des eigenen Erfolgs: offene Immobilienfonds

Offene Immobilienfonds (OIFs) profitierten in den letzten Jahren von den steigenden Mieten und Kaufpreisen – die allerdings auch mehr und mehr zu einem Problem werden. Denn die Anleger rennen den OIF-Anbietern regelrecht die Türen ein. Im letzten Jahr überwiesen sie ihnen laut Fondsverband BVI rund 6,7 Milliarden Euro. Damit verwalten OIFs nun über 95 Milliarden Euro (Stand: Ende August). Doch wohin mit dem ganzen frischen Geld?

Die Immobilienpreise sind in den A- und zunehmend auch in den B-Lagen teilweise in schwindelerregende Höhen gestiegen. Lukrative Kaufgelegenheiten lassen sich auch mit bester Vernetzung im Markt kaum noch finden. Die Investorengelder wollen jedoch investiert sein, schließlich werfen sie sonst praktisch keine Zinsen ab – und verwässern damit die Performance des Gesamtfonds. Derzeit halten die OIFs im Schnitt 21 Prozent Liquidität. Das ist zwar weniger als 2017, aber immer noch eine vergleichsweise hohe Quote.

Solange die Leitzinsen am Boden verharren, bleiben auch Sachwerte wie Immobilien bei den Anlegern sehr beliebt. Die Fondsbranche reagiert mit stetigen OIF-Neuemissionen. Doch das Anlagerisiko wird notwendigerweise wachsen müssen, denn sichere Renditebringer sind am heutigen Immobilienmarkt Mangelware.

7. Was es kostet, früher in Rente zu gehen

Wer früher als vor der gesetzlichen Altersgrenze den verdienten Ruhestand genießen will, sollte einen gewissen finanziellen Spielraum mitbringen. Denn der Abschlag bei einer Frühverrentung fällt nicht gering aus, wie Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund zum Neurentner-Jahrgang 2017 zeigen.

Jeder vierte der 760.000 Neurentner ist frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Der Rentenabschlag betrug dabei durchschnittlich 0,3 Prozent pro Monat. Im Mittel mussten die Frührentner 26 Monate vor der Altersgrenze in den Ruhestand gehen, womit sich die Einbuße auf knapp 8 Prozent summiert. Das entspricht einer durchschnittlichen Rentenminderung um 84 Euro. Der Rentenzahlbetrag des 2017er-Jahrgangs beläuft sich im Schnitt auf 873 Euro.

Die Bundesregierung möchte das Rentenniveau bis 2025 stabil halten. Wie es danach weitergehen soll, wird aktuell in einer Kommission diskutiert. Steigen werden die Renten angesichts von immer mehr Leistungsempfängern und immer weniger Beitragszahlern jedenfalls nicht. Schon das bisherige Rentenniveau zu halten würde in den kommenden Jahrzehnten Unsummen an Steuergeldern verschlingen, da die Beiträge nicht unbegrenzt steigen können. Kommende Rentnergenerationen werden also den Gürtel enger schnallen müssen, wenn sie nicht betrieblich und/oder privat vorgesorgt haben.

8. Frontier Markets: für mutige Anleger

Als Frontier Markets oder Grenzmärkte werden Länder bezeichnet, die zum Sprung in den Schwellenland-Status ansetzen. Manche von ihnen tun das allerdings seit Längerem, worin sich schon

das größte Risiko dieses Anlagesegments widerspiegelt: dass sich die großen Hoffnungen nicht erfüllen.

Das Wachstumspotenzial von Staaten wie Nigeria, Argentinien, Sri Lanka, Bangladesch oder Vietnam ist prinzipiell gewaltig, denn diese Länder haben Nachholbedarf. In manchen von ihnen wartet eine riesige Bevölkerung darauf, aus prekärer Lage in die Mittelklasse aufzusteigen. Nigeria beispielsweise ist mit gut 190 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land Afrikas, auch Bangladesch hat mehr als doppelt so viele Einwohner wie Deutschland. Welche Länder zu den Frontier Markets gehören, wird verschieden ausgelegt: Der MSCI Frontier Index etwa versammelt 29 Staaten, die in den letzten 10 Jahren ein jährliches Plus von durchschnittlich 17 Prozent hingelegt haben.

Auf Grenzmärkte spezialisierte Fonds kommen teilweise auf Renditen von 6 oder 7 Prozent p. a. Die Risiken sind allerdings nichts für schwache Nerven – denn von politischer Stabilität kann in den meisten dieser Länder keine Rede sein.